

LANDESDELEGIERTENTAG 2026

„Gewerkschaft neu denken – wichtig wie nie!“

Uli Müller

Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstands

**Liebe Delegierte,
liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

am 6. und 7. Mai 2026 findet der 27. Landesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg im Dekra Congress Center statt. Er steht unter dem Leitmotiv „Gewerkschaft neu denken – wichtig wie nie!“.

Die Rahmenbedingungen für die Polizei haben sich weiter verschärft. Die Einsatzbelastung steigt, die Anforderungen nehmen zu und die Erwartungen aus Politik und Gesellschaft sind hoch. Gleichzeitig bestehen weiterhin Defizite bei Personal, Ausstattung und Arbeitsbedingungen.



Der Landesdelegiertentag ist das zentrale und höchste Beschlussgremium unserer GdP auf Landesebene. Hier legen wir Rechenschaft ab, treffen verbindliche Entscheidungen und bestimmen die strategische Ausrichtung für die kommenden Jahre.

Die Vorbereitung erfolgt strukturiert und mit klaren Zuständigkeiten. Christine Till koordiniert die Gesamtorganisation, Heike Kerpen verantwortet die Ablaufplanung. Sven Minder und Lukas Pfeifer stellen die digitale Durchführung mit OpenSlides sicher. Martina Beutinger steht als Vorsitzen-

de des Landeskontrollausschusses beratend zur Verfügung.

Der Geschäftsbericht wurde durch unseren stellvertretenden Landesvorsitzenden und für Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Kollegen Thomas Mohr erstellt. Er bildet die Grundlage der Rechenschaft gegenüber den Delegierten und stellt die Entwicklung der vergangenen Amtsperiode transparent dar. Dabei werden die politische Bewertung und strategische Ausrichtung ebenso aufgegriffen wie die Finanzlage und Haushaltsführung, die operative Arbeit des Geschäftsführenden Landesvorstands sowie die Kontrolle durch den Landeskontrollausschuss und die Kassenprüfung. Ergänzt wird der Bericht durch die tarifpolitische Entwicklung, die Arbeit der Fach- und Personengruppen, Berichte aus dem Landesbezirk und die Mitgliederentwicklung.

Die Auswertung zeigt eine hohe Inanspruchnahme gewerkschaftlicher Unterstützung. Persönliche Beratung, Begleitung in Konfliktlagen und rechtliche Unterstützung bleiben zentrale Aufgaben. Gleichzeitig wird deutlich, dass direkte Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern in vielen Fällen zu konkreten Lösungen führen.

Wir gehen mit den Beiträgen unserer Mitglieder verantwortungsvoll um. Haushaltsdisziplin ist für uns verbindlich. Deshalb verzichten wir beim 27. Landesdelegiertentag erstmals auf einen offiziellen Veranstaltungstag mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Polizei und Gesellschaft. Die eingesparten Mittel werden gezielt eingesetzt, insbesondere für den Ausbau der Einsatzbetreuung, die Stärkung der Betreuung vor Ort sowie die Unterstützung bei Großlagen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Einsatzbetreuung im Zusammenhang mit der Fußball-



FOTOS: GdP BW (UM)

weltmeisterschaft 2026, um unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort unmittelbar zu unterstützen.

Für uns gilt ein klarer Maßstab: Wir vertreten die Interessen unserer Mitglieder konsequent, handeln auf Grundlage des geltenden Rechts und bringen unsere Expertise aktiv in politische Prozesse ein.

Der Landesdelegiertentag soll ein klares Signal setzen. Geschlossenheit, Handlungsfähigkeit und Durchsetzungsstärke stehen dabei im Mittelpunkt. Wir führen eine sachorientierte Diskussion, treffen Entscheidungen mit unmittelbarer Wirkung für die Praxis und wählen Kandidatinnen und Kandidaten für die unterschiedlichen Gremien.

Ich danke allen Beteiligten für die intensive Vorbereitung und den Delegierten für ihr Engagement. Ich wünsche allen eine gute Anreise sowie sachgerechte und verantwortungsbewusste Entscheidungen. ■



BRIEFE AN NEU GEWÄHLTE ABGEORDNETE

Gewerkschaft der Polizei fordert konkrete Verbesserungen für Polizeibeschäftigte in Baden-Württemberg

Die jeweiligen Bezirksgruppen der Gewerkschaft der Polizei gratulierten in einem persönlichen Brief den neu gewählten Abgeordneten, in ihrem Präsidialbereich, zur Wahl in den Landtag von Baden-Württemberg und verbindet dies mit der klaren Erwartung eines verlässlichen, kontinuierlichen Austauschs zu sicherheitspolitischen Fragestellungen.

Die Polizei Baden-Württemberg erfüllt eine zentrale staatliche Aufgabe. Sie gewährleistet die innere Sicherheit, schützt die Bevölkerung und sichert die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats. Die Beschäftigten im Polizeivollzugsdienst, im Tarifbereich, in der Verwaltung sowie in der Technik leisten diesen Auftrag unter zunehmend erschwerten Rahmenbedingungen. Steigende Einsatzlagen, wachsende Gewaltbereitschaft, komplexere Einsatzszenarien sowie eine dauerhaft hohe Arbeitsbelastung prägen den Berufsalltag.

Die Gewerkschaft der Polizei vertritt die beruflichen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Polizeibeschäftigten. Sie bringt ihre operative Erfahrung in politische Entscheidungsprozesse ein und benennt konkrete Defizite sowie notwendigen Handlungsbedarf.

Aus Sicht der Polizeibeschäftigten bestehen derzeit insbesondere folgende prioritäre Handlungsfelder:

LOD-Erhöhung jetzt

Der lageorientierte Dienst ist ein zentrales Instrument zur finanziellen Anerkennung belastender Dienstzeiten. Die Anhebung wurde in mehreren Koalitionsverträgen angekündigt, jedoch nicht umgesetzt. Die aktuelle Situation führt zu erheblicher Unzufriedenheit. Eine spürbare und zeitnahe Erhöhung ist zwingend erforderlich.

Unterfinanzierung der Polizeipräsidien beenden

Die zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel waren in den vergangenen Jahren regelmäßig nicht ausreichend. Polizeipräsidien mussten Defizite ausgleichen und priorisieren. Dies führt zu Einschränkungen im Dienstbetrieb und beeinträchtigt die Aufgabenerfüllung. Erforderlich ist eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung.

Durchschlüsselung im gehobenen Dienst

Die aktuelle Stellenstruktur bietet zu wenige Entwicklungsmöglichkeiten. Beförderungen stagnieren, Motivation sinkt. Die Forderung umfasst 2.500 zusätzliche Stellen in den Besoldungsgruppen A 12 und A 13. Ziel sind eine klare Durchlässigkeit, bessere Karriereperspektiven und eine nachhaltige Attraktivitätssteigerung.

Arbeitszeit reduzieren

Die regelmäßige Wochenarbeitszeit liegt bei 41 Stunden. Dies entspricht nicht mehr den

Anforderungen an einen modernen und belastungsgerechten Polizeidienst. Eine Reduzierung auf 38,5 Stunden ist erforderlich. Besonders betroffen sind Kolleginnen und Kollegen im Wechselschichtdienst, die rund um die Uhr Dienst leisten.

Lebensarbeitszeitkonto einführen

Ein Lebensarbeitszeitkonto ermöglicht die flexible Nutzung von Mehrarbeit, Überstunden und nicht genommenem Urlaub. Dies stärkt die Eigenverantwortung der Beschäftigten und verbessert die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Gleichzeitig trägt es zur Gesunderhaltung und langfristigen Einsatzfähigkeit bei.

Tarifbereich stärken

Befristete Arbeitsverhältnisse führen zu Unsicherheit und Personalverlust. Qualifiziertes Personal geht verloren. Dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse sind erforderlich, um Kontinuität und Qualität sicherzustellen. Zusätzlich müssen Entwicklungsperspektiven und Aufstiegsmöglichkeiten im Tarifbereich ausgebaut werden.

Die Gewerkschaft der Polizei stellt fest

Die benannten Themen sind seit Jahren bekannt und wiederholt adressiert worden. Die Polizeibeschäftigten erwarten eine verbindliche Umsetzung politischer Zusagen und konkrete Verbesserungen ihrer Arbeits- und Rahmenbedingungen.

Die Gewerkschaft der Polizei bietet einen zeitnahen Austausch an. Ziel ist es, die Praxiserfahrung der Polizeibeschäftigten frühzeitig in parlamentarische Entscheidungsprozesse einzubringen und tragfähige Lösungen zu entwickeln. **Redaktion**

GdP schreibt neugewählte Abgeordnete persönlich an!

- Forderungen für die Polizeibeschäftigten in Baden-Württemberg**
- LOD-Erhöhung jetzt!**
Lageorientierter Dienst spürbar anheben!
- Polizeipräsidien besser finanzieren**
A12/A13: Verlässliche und ausreichende Mittelzuweisung!
- Mehr Stellen im gehobenen Dienst**
2.500 zusätzliche Stellen!
- Arbeitszeit reduzieren**
Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden senken!
- Lebensarbeitszeitkonto einführen**
Flexible Zeitkonten für Beruf & Privatleben!
- Tarifbereich stärken**
Befristungen abschaffen, sichere Jobs!

GdP: Klare Verbesserungen jetzt!



FATALE AUSSENWIRKUNG

Urteil stellt Vertrauen in den Rechtsstaat auf die Probe!

Thomas Mohr

stellvertretender Landesvorsitzender

Der Freispruch im Verfahren um die Tötung unseres Kollegen Simon B. in Völklingen belastet viele Kolleginnen und Kollegen weit über den Einzelfall hinaus. Die Reaktionen reichen von Fassungslosigkeit bis hin zu offener Wut. Das ist nachvollziehbar. Denn die Fakten sind eindeutig: Einer von uns wird mit seiner eigenen Dienstwaffe erschossen. 17 Schüsse werden abgegeben. 6 Treffer führen zum Tod. Diese Tatsachen stehen fest.

Das Gericht kommt dennoch zu dem Ergebnis, dass der Täter zum Tatzeitpunkt schuldunfähig war. Es ordnet die Unterbringung in einem psychiatrischen Maßregelvollzug an. Juristisch bewegt sich diese Entscheidung im Rahmen der geltenden Rechtslage. Maßgeblich ist die strafrechtliche Bewertung der Schuldfähigkeit. Liegt diese nicht vor, entfällt die persönliche Schuld. Eine Verurteilung ist dann rechtlich nicht möglich.

Genau hier entsteht das Spannungsfeld, das viele Einsatzkräfte derzeit beschäftigt. Auf der einen Seite steht die juristische Bewertung durch das Gericht. Auf der anderen Seite steht das Gerechtigkeitsempfinden der Kolleginnen und Kollegen, aber auch der Öffentlichkeit. Für viele ist es kaum nachvollziehbar, dass eine derart brutale Tat ohne strafrechtliche Verurteilung bleibt. Hinzu kommt, dass das Gericht über die Einschätzung des psychiatrischen Sachverständigen hinausgegangen ist. Dieser hatte lediglich eine verminderte Schuldfähigkeit angenom-



Thomas Mohr kann das Urteil kaum glauben
Foto: Horst Welke

Stellvertretender GdP-Landesvorsitzender Thomas Mohr (63) aus Mannheim (Baden-Württemberg): „Ich war fassungslos, als ich von dem Urteil gehört habe. Es hat eine fatale Außenwirkung. Viele Einsatzkräfte werden sich fragen, ob sie tatsächlich noch geschützt werden. Das Vertrauen in den Rechtsstaat wird hier auf eine harte Probe gestellt.“

Screenshot aus dem Artikel der BILD vom 4. April 2026
„Deutsche Polizisten entsetzt über Schock-Urteil“

men. Auch der Verteidiger hatte keinen Freispruch gefordert. Diese Abweichung wirft Fragen auf und wird rechtlich zu prüfen sein.

Der Maßregelvollzug wird in der öffentlichen Diskussion häufig unterschätzt. Die Unterbringung erfolgt in einer gesicherten Einrichtung. Sie ist zeitlich nicht befristet. Eine Entlassung kommt erst in Betracht, wenn Gutachter und Gerichte zu der Prognose gelangen, dass von der Person keine Gefahr mehr ausgeht. Das kann viele Jahre dauern, in Einzelfällen Jahrzehnte. Gleichwohl bleibt die Möglichkeit einer frühzeitigen Entlassung bestehen, wenn eine positive Prognose die Rückkehr in die Gesellschaft beschei-

nigt. Genau dieser Umstand verstärkt bei vielen Kolleginnen und Kollegen das Gefühl von Unsicherheit. Für die Polizei ist die Lage klar. Ein Kollege wurde im Dienst getötet. Eine Familie hat einen geliebten Menschen verloren. Die saarländische Polizei hat einen verlässlichen Beamten verloren. Diese Realität lässt sich durch keine juristische Einordnung relativieren. Sie bleibt bestehen.

Das Vertrauen in den Rechtsstaat wird durch solche Entscheidungen auf eine harte Probe gestellt. Dieses Vertrauen ist jedoch eine zentrale Grundlage für die tägliche Arbeit der Polizei. Deshalb ist es erforderlich, dass Entscheidungen nachvollziehbar sind und transparent kommuniziert werden. Der Rechtsstaat muss erklären, wie er zu solchen Ergebnissen kommt. Und er muss deutlich machen, dass er die Sicherheit seiner Einsatzkräfte ernst nimmt.

Gewalt gegen Polizeibeschäftigte ist kein Einzelfall. Sie hat in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen. Umso wichtiger ist ein klares Signal: Der Staat schützt diejenigen, die für seine Sicherheit einstehen. Dazu gehört eine konsequente Aufarbeitung solcher Verfahren. Dazu gehören klare politische Rahmenbedingungen. Und dazu gehört eine nachhaltige Unterstützung für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen.

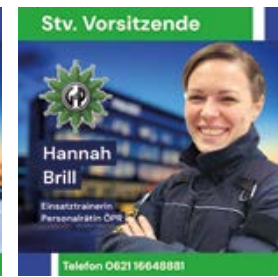
Simon wird nicht zurückkommen. Er hinterlässt eine Lücke. In seiner Familie. Im Kollegenkreis. In unserer Polizei. Diese Lücke bleibt. ■

DP – Deutsche Polizei
Baden-Württemberg

Geschäftsstelle
Gewerkschaftshaus
Willi-Bleicher-Straße 20, 70174 Stuttgart
Telefon (0711) 252806-23
info@gdp-bw.de
www.gdp-bw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Thomas Mohr (V.i.S.d.P.)
Öffentlichkeitsarbeit
Willi-Bleicher-Straße 20
70174 Stuttgart
redaktion@gdp-bw.de
Telefon: (0176) 24924459

Redaktionsschluss
Zuschriften für das Landesjournal
Baden-Württemberg können an
redaktion@gdp-bw.de gesendet werden.
Die Texte bitte informativ und Bilder
separat im Anhang übersenden.
Redaktionsschluss für die Juni 2026
Ausgabe ist der 4. Mai 2026 und für
die Juli 2026 Ausgabe der 1. Juni 2026



BEZIRKSGRUPPE PP MANNHEIM

Neuwahlen bei der GdP Mannheim

Die Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft der Polizei, Bezirksgruppe Polizeipräsidium Mannheim, fand am 6. März 2026 im Gewerkschaftshaus Mannheim statt. Beginn war um 13 Uhr, das Ende um 16:15 Uhr.

Der Bezirksgruppenvorsitzende Thomas Mohr eröffnete die Versammlung und begrüßte zahlreiche Ehrengäste, darunter den Landesvorsitzenden Gundram Lottmann sowie mehrere Ehrevorsitzende und langjährige Mitglieder. Bereits zu Beginn zeigte sich die hohe Geschlossenheit der Organisation. Die Tagesordnung wurde ohne Gegenstimmen bestätigt.

Im Rahmen der Totenehrung, die Jonas Witzgall durchführte, wurde des verstorbenen Mitglieds Ludwig Nowak gedacht. Er stand für über 60 Jahre gewerkschaftliche Treue.

Der Landesvorsitzende würdigte in seinem Grußwort die engagierte Arbeit der Bezirksgruppe Mannheim sowie die professionelle Vorbereitung der Versammlung. Anschließend folgte der Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden, der die inhaltliche Arbeit

und Entwicklung der vergangenen Amtsperiode darlegte.

Der Kassenbericht für das Haushaltsjahr 2025 wurde transparent dargestellt. Rückfragen aus der Versammlung ergaben sich nicht. Der anschließende Kassenprüfungsbericht bestätigte eine ordnungsgemäße Haushaltsführung. Auf Antrag der Kassenprüfer wurde der Vorstand mit deutlicher Mehrheit entlastet.

Im Mittelpunkt standen die Neuwahlen des Bezirksgruppenvorstandes. Thomas Mohr wurde mit klarer Mehrheit als Vorsitzender bestätigt. Auch die stellvertretenden Vorsitzenden sowie alle weiteren Funktionen wurden ohne Gegenstimmen gewählt. Die Wahlbeteiligung und die Ergebnisse belegen eine stabile Vertrauensbasis innerhalb der Bezirksgruppe.

Zum Kassier wurde Timo Bierlein gewählt. Das Amt des Schriftführers übernimmt Johannes Viebig. Als Beisitzer wurden Vertreter aus Tarifbereich, Jugend, Frauengruppe sowie dem Kommunalen Ordnungsdienst benannt. Auch die Kassenprüfer wurden einstimmig gewählt.

Ein zentraler Bestandteil der Versammlung waren die Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften. Ausgezeichnet wurden Mitglieder für 25, 40, 50, 60, 65 und 70 Jahre Zugehörigkeit zur GdP.

Ein besonderer Moment ergab sich durch den Besuch des Mannheimer Bürgermeisters Dr. Volker Proffen. Er würdigte die Verdienste von Thomas Mohr und überbrachte ein Präsent der Stadt Mannheim. Diese Anerkennung unterstreicht die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeit auch auf kommunaler Ebene.

Im weiteren Verlauf berichtete der Landesvorsitzende Gundram Lottmann zu aktuellen gewerkschaftspolitischen Themen. Wortmeldungen aus der Versammlung gab es nicht.

Die Versammlung endete mit einem klaren Signal: Die Bezirksgruppe Mannheim steht geschlossen hinter ihrem Vorstand. Die Ergebnisse dokumentieren Stabilität, Vertrauen und eine konsequente Interessenvertretung der Beschäftigten der Polizei.

TM



Neu gewählter Vorstand (v. l.): Jonas Witzgall, stv. Vorsitzender, Hannah Brill, stv. Vorsitzende, Johannes Viebig, Schriftführer, Norbert Stier, Ehrevorsitzender, Thomas Mohr, Vorsitzender, Ralf Blaut, stv. Vorsitzender, Timo Bierlein, Kassierer, und Landesvorsitzender Gundram Lottmann (auf dem Foto fehlt Jörg Matzat, stv. Vorsitzender)



Landesvorsitzender Gundram Lottmann (rechts) überreicht die Urkunde und Ehrennadel für über 70 Jahre Treue zur GdP an Günther Heckmann (Mitte) zusammen mit dem Mannheimer GdP-Vorsitzenden Thomas Mohr. Alle Anwesenden erhoben sich wertschätzend von ihren Plätzen mit einem anhaltenden Applaus.



Ehrung für 25 Jahre Treue zur GdP (v. l.): Gundram Lottmann, Landesvorsitzender, Eugen Rüb, Markus Mazur, Michael Reinert und Thomas Mohr, Vorsitzender



Ehrung für 40 Jahre Treue zur GdP (v. l.): Gundram Lottmann, Landesvorsitzender, Volker Jungkind, Renate Krawerz, Peter Schneider und Thomas Mohr, Vorsitzender



Ehrung für 40 Jahre Treue zur GdP (v. l.): Gundram Lottmann, Landesvorsitzender, Walter Feth, Alexandra Fischer, Klaus Haffenmeyer, Thomas Mohr, Vorsitzender



Fotos: GdP/MA



Ehrung für 50 Jahre Treue zur GdP (v. l.): Gundram Lottmann, Landesvorsitzender, Werner Brants, Hans Peter Engel, Karl-Heinz Gau und Thomas Mohr, Vorsitzender



Ehrung für 50 Jahre Treue zur GdP (v. l.): Gundram Lottmann, Landesvorsitzender, Wolfgang Schumacher, Uwe Pietsch, Marian Schittko, Manfred Neubauer und Thomas Mohr, Vorsitzender



Ehrung für 50 Jahre Treue zur GdP (v. l.): Gundram Lottmann, Landesvorsitzender, Wolfgang Schumacher, Uwe Pietsch, Marian Schittko, Manfred Neubauer und Thomas Mohr, Vorsitzender



Ehrung für 60 Jahre Treue zur GdP (v. l.): Gundram Lottmann, Landesvorsitzender, Walter Wenz, Norbert Weckbach, Rolf Schiefelbein und Thomas Mohr, Vorsitzender



Ehrung für 65 Jahre Treue zur GdP v. l.: Thomas Mohr, Vorsitzender, Willi Müller, Bruno Langkau, Hans-Jürgen Röder und Gundram Lottmann, Landesvorsitzender.



Weil EPHK a. D. Klaus Herrmann (links) bei der Jahreshauptversammlung nicht teilnehmen konnte, hat der Mannheimer GdP-Vorsitzende Thomas Mohr es sich nicht nehmen lassen, ihn daheim zu besuchen, um die Ehrungsurkunde zu übergeben.





ZWEITE STAMMZELLENSPENDE

GdP-Mitarbeiterin setzt starkes Zeichen für Menschlichkeit

Die Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg würdigt das außergewöhnliche Engagement ihrer Mitarbeiterin Ceylan Cetinkaya, Leiterin der Rechtsabteilung.

Redaktion

Die Kollegin hat bereits im Jahr 2024 eine Stammzellenspende geleistet. Vor Kurzem wurde sie erneut durch die DKMS kontaktiert. Für ihren genetischen Zwilling in Großbritannien stellte sie ein weiteres Mal Leukozyten zur Verfügung. Diese Zweitspende ist medizinisch selten erforderlich, hat jedoch eine hohe Bedeutung für den weiteren Behandlungserfolg.

Die Spende erfolgte über die Blutbahn. Der Eingriff ist standardisiert, risikoarm und mit geringem zeitlichem Aufwand verbunden. Ceylan Cetinkaya hat sich erneut

bewusst für diesen Schritt entschieden und Verantwortung übernommen.

Ceylan Cetinkaya erklärt:

„Die Spende war für mich eine sehr emotionale Erfahrung. Ich würde diesen Schritt jederzeit wieder gehen.“

Für die GdP Baden-Württemberg ist dieses Engagement ein klares Zeichen gelebter Menschlichkeit und gesellschaftlicher Verantwortung. Die Kollegin leistet konkrete Hilfe und setzt ein starkes Beispiel.

Thomas Mohr, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Baden-Württemberg, erklärt:

„Wir danken Ceylan Cetinkaya ausdrücklich für ihren Einsatz und ihre Haltung. Eine erneute Spende ist keine Selbstverständlichkeit. Dieses Engagement verdient höchste Anerkennung. Es zeigt, was Zusammenhalt in unserer Gesellschaft bedeutet.“

Die DKMS ist eine internationale gemeinnützige Organisation im Kampf gegen Blutkrebs. Ziel ist es, weltweit möglichst viele potenzielle Stammzellspender zu registrieren, um für Patientinnen und Patienten passende genetische Zwillinge zu finden. Die Registrierung erfolgt unkompliziert über ein Testkit für zu Hause. Im Bedarfsfall kann eine Spende Leben retten oder entscheidend verlängern.

Die GdP Baden-Württemberg hat die Kollegin bei beiden Spenden vollständig unterstützt und für die erforderliche Zeit freigestellt. Damit setzt die GdP ein klares Signal für die Förderung von gesellschaftlichem Engagement.

Unser Appell:

- Registrierung als Stammzellspender prüfen
- Testkit anfordern
- Verantwortung übernehmen

Weitere Informationen und direkte Registrierung unter: www.dkms.de.



Ceylan Cetinkaya bei der Spende

TM



Einladung zum

Grillfest

am 29. Mai 2026 ab 15.00 Uhr

auf dem Gelände der Naturfreunde Pforzheim

Lettenbrunnenhütte

mit Grillwürsten-Steaks-Musik-Dart-Lagerfeuer

Wir freuen uns auf Euch

mit der ganzen Familie, Kids, Enkelkinder, Oma`s und Opa`s,
Freunde der Blaulichtfamilie und über

Eure Anmeldung

unter <PFORZHEIM.PP.GDP@polizei.bwl.de>

Einladung



**SENIOREN
GRUPPE**

zur GdP-Senioren-Reise 2026

In (Neu-) Ulm, um (Neu) Ulm und um (Neu-)Ulm herum...

Von Mittwoch, 16. bis Freitag, 18. September 2026 geht es nach Neu-Ulm und Ulm

Alle Senioren und Seniorinnen der GdP Bayern, und GdP Baden-Württemberg, ihre Ehegatten und Partner sind herzlich eingeladen, an unserer dreitägigen Reise teilzunehmen.

Mit GENUSS, KULTUR und NATUR.

Auf dem Programm stehen:

Sektempfang in der „Oldtimer Fabrik“ in Neu-Ulm

Besichtigung des Klosters Wiblingen,

„Rokoko- Bibliothek“, Museum „Brot und

Kunst-Forum Welternährung“, Spaziergänge am

Donauufer, Schifffahrt auf der Donau (Ulmer Spatz)

Alternativ: „Traditionelle Straßenbahn-Tour ...“,

GdP-Abend mit örtlichen GdP Vertretern, Stadtführung

Ulm, abschließend gemeinsames Mittagessen

2 x Übernachtung mit „Gute Laune - Frühstück“

Im „Drei-Sterne-Hotel Engel“,

in 89081 Ulm – Lehr, Lohrerstr. 35, Tel.: 0731-140-400

Zu überweisende Gesamtkosten:

2 Personen im DZ 350 € (je 2 x Ü/F)

1 Person im EZ 270 € (2 x Ü/F)

Am Hotel: Parkplätze und WLAN im Preis enthalten

Kostenlose Stornierung bis 4 Wochen vor Anreise

Eine Reise-Rücktrittskosten-Versicherung wird empfohlen!

www.gdpbayern.de

TREFFPUNKT

Mittwoch, 16.09.2026, 11.30 Uhr
in der „Oldtimerfabrik Classic“,
Lessingstr. 5, 89231 Neu-Ulm

AUSKLANG:

Freitag, 18.09.2026, gegen 13.00 Uhr
„Barfüßer Hausbrauerei“ 89073 Ulm,
Neue Str. 87-89

Verbindliche Anmeldung durch Überweisung
der jeweiligen Kosten (350,- oder 270,- €)
bis **31. Mai 2026 an: Alfons Meyer,**

Sparkasse Pfaffenhofen

IBAN: DE 86 7215 1650 0009 7664 45

Stichwort: GdP Senioren-Reise 2026
und Namen

Mail an: alfonsmeyer_gdp@gmx.de

Tel: 08441 4573274 – Mobil: 0178 4869114

Vorgebuchte Führung und Besuche sind zum
Teil bereits in den Kosten enthalten (inkl.
Zuschuss der GdP-Seniorengruppe Bayern)
Speisen und Getränke sind individuell zu
bezahlen.

Wir freuen uns auf Euch!

